

## Kontogebühren

# Postbank kündigt Girokonten

Das Institut zieht Konsequenzen aus einem BGH-Urteil, ebenso die PSD Bank Berlin-Brandenburg. Andere Geldhäuser zögern noch.

Elisabeth Atzler, Andreas Kröner  
Frankfurt

**A**ls erste große Privatkundenbank kündigt die Postbank Girokonten von Kunden, die den aktuellen Preisen und Bedingungen des Geldhauses nicht zustimmen. Betroffen sind laut der Deutschen Bank eine mittlere fünfstellige Zahl an Kundinnen und Kunden, die ein entsprechendes Schreiben erhielten. Es liegt dem Handelsblatt vor.

Dabei geht es um das Giro-plus-Konto der Postbank. Die Postbank, eine Marke der Deutschen Bank, spricht damit Kunden an, die nach mehrmaligen Kontaktversuchen nicht reagiert haben. In dem Schreiben kündigt die Bank ihnen den Girokontovertrag zum 30. April. „Gerne wollen wir Sie aber als unseren Kunden behalten. Dazu bieten wir Ihnen im zweiten Schritt den Abschluss eines neuen Girokontovertrags mit unseren aktuellen Preisen und Bedingungen an“, heißt es dort.

Hintergrund ist ein Urteil des Bundesgerichtshofs vom April 2021. Demnach müssen Geldhäuser bei Änderungen der allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGBs), zum Beispiel bei Preiserhöhungen, die ausdrückliche Zustimmung ihrer Kunden einholen (Az. XI ZR 26/20). Geklagt hatte der Verbraucherzentrale-Bundesverband gegen die Postbank, die die Preise in den vergangenen Jahren mehrfach angehoben hatte.

Bis zum Urteil hatten Banken und Sparkassen die Gebühren üblicherweise über die bestehenden Klauseln erhöht. Sie gingen von einer stillschweigenden Zustimmung der Kunden aus, wenn diese einer Änderung nicht binnen zwei Monaten widersprachen. Da in der deutschen Kreditwirtschaft sehr ähnliche AGBs verwendet werden, gilt die BGH-Entscheidung als maßgeblich für die gesamte Branche.

## Rechtsunsicherheit beenden

Den aktuellen Preisen und Bedingungen beim Giro-plus-Konto der Postbank, das 5,90 Euro monatlich kostet, haben der Deutschen Bank zufolge fast 90 Prozent der Kunden zugestimmt. Angaben zur Gesamtzahl der Kunden, die die AGBs bislang nicht akzeptiert haben, macht die Bank nicht. Es dürften insgesamt deutlich mehr sein als die nun angeschriebenen Kunden.

„Die Kundinnen und Kunden, die die Postbank jetzt anschreibt, hat die Bank vorher mehrmals um Zustimmung zu den aktuellen Preisen und Bedingungen gebeten. Wir wollen keine Kunden verlieren und ein Stück Rechtsunsicherheit für beide Seiten beenden“, sagte ein Sprecher der Deutschen Bank dazu. „Wir halten unser Vorgehen und das neue Angebot für fair und angemessen.“

Die betroffenen Kunden zahlen seit Anfang 2022 keine Kontogebühr mehr. Die Deutsche Bank hatte nach eigenen Angaben für Girokonten aller Marken nach dem BGH-Urteil Kontotentgelte zunächst unter Vorbehalt erhoben und sie später zurückgezahlt – entweder bis Kunden den aktuellen Preisen und Bedingungen zugestimmt haben oder bis das Entgelt wieder gesenkt wurde, teils auf null Euro.

Das verdeutlicht, wie das BGH-Urteil die Banken in eine Zwickmühle bringt. Auf der einen Seite wollen die Banken nicht akzeptieren, dass ein Teil der Kunden die aktuellen Bedingungen ablehnt. Schließlich möchten sie alle Kunden gleichbehandeln. Auf der anderen Seite wollen Kreditinstitute möglichst alle Kunden behalten – und haben Angst vor dem öffentlichen Aufschrei, wenn sie sich von Tausenden Kunden trennen.

Auch die Finanzaufsicht Bafin beobachtet genau, wie Geldhäuser reagieren. „Die Umsetzung des BGH-Urteils zum Änderungsmechanismus für allgemeine Geschäftsbedingungen entspricht bei manchen Kreditinstituten in der Praxis noch nicht unseren Erwartungen von einem fairen Umgang mit den Kunden“, sagte Bafin-Exekutivdirektor Thorsten Pötzsch dem Handelsblatt. „Das machen wir aktuell auch in Gesprächen mit Instituten und Verbänden deutlich.“

Kündigungen auszusprechen stelle die Banken vor verschiedene Probleme, sagt Thomas Nitschke, Partner bei der Beratungsfirma Berg Lund & Company. „Wenn sie Kunden kündigen, die im Dispo sind, ist das letztlich teuer, wenn Banken diesen Kredit am Ende abschreiben müssen.“

Im Gegensatz zur Postbank verzichten die meisten anderen deutschen Geldhäuser bisher darauf, mit Kündigungen zu drohen. Bei der Commerzbank und Comdirect hätten die meisten Kunden den aktuellen Bedingungen und Preisen bereits zugestimmt, sagte ein Sprecher. „Kunden, die ihre Zustimmung bisher noch nicht erteilt haben, sprechen wir weiter darauf an. Kündigungen erfolgen zum jetzigen Zeitpunkt nicht.“

Bei vielen Kreditinstituten haben erst gut 70 Prozent der Kunden die aktuellen AGBs akzeptiert. Oliver Mihm, Chef des Beraters Investors Marketing, rechnet damit, dass Banken Kündigungen nur aussprechen, wenn 85 bis 95 Prozent der Kunden reagiert hätten. „Die restlichen Kunden zu erreichen ist sehr schwer. Und die Banken brauchen eine sichere juristische Grundlage für die Geschäfte. Eine Welle an Kündigungen wird erst noch kommen.“

Bei den Kunden, die den neuen Geschäftsbedingungen nicht zustimmen, handelt es sich häufig um Karteilichen, die ihr Konto seit Langem nicht mehr aktiv nutzen und auf Anfragen grundsätzlich nicht reagieren. Andere Kunden ignorieren E-Mails, Briefe und Anrufe dagegen bewusst. „Manche Menschen gehen nicht mehr ans Telefon, wenn sie unsere Nummer im Display sehen, weil sie wissen, dass wir mit ihnen über die neuen Geschäftsbedingungen und Verwahrentgelte sprechen wollen“, klagt ein Sparkassen-Vorstand. Auf Kündigungen verzichte sein Geldhaus wie die allermeisten Banken bisher dennoch. „Wir wollen nicht die Ersten sein – und warten deshalb erst mal ab.“

Bei der Postbank haben die betroffenen Kunden noch etwas Zeit. Bis zum

30. April könnten Kunden den aktuellen AGBs zustimmen – entweder mit schriftlicher Zustimmung oder online. Ab dem 1. Mai überführt die Deutsche Bank das bestehende in ein neues Konto mit derselben IBAN, jedoch mit einem neuen Kontovertrag zu den aktuellen Preisen und Bedingungen.

Wenn Kunden ihr Konto ab dem 1. Mai weiter nutzen, nehmen sie laut dem Kundenscheiben das Angebot und damit die aktuellen AGBs automatisch an. Das passiert schon durch eine einzige Überweisung, eine Kartenzahlung oder Geld abheben am Automaten. Kunden, die weder selbst zustimmen noch Transaktionen tätigen, können das Konto nach dem 30. Juni nicht mehr nutzen.

Auch Kunden mit Girokonten der Deutschen Bank und der Norisbank wenden sich auf ein solches Vorgehen einstellen. „Die Deutsche Bank plant ähnliche Schritte bei Girokonten ihrer anderen Marken“, sagte der Sprecher.

Die gesamte deutsche Finanzbranche dürfte das Vorgehen der Postbank und die Kundenreaktion darauf genau verfolgen. Für die Sparkassen, die Marktführer in Deutschland sind, könnten mögliche Kündigungen angesichts der Vorgaben in den Sparkassengesetzen allerdings besonders heikel sein.

Laut Peter Schneider, Präsident der baden-württembergischen Sparkassen, ist noch nicht geklärt, ob Sparkassen Girokonten kündigen dürfen. Die Frage sei, ob das Sparkassenrecht und der Versorgungsauftrag in der Fläche dagegen stehe. „Es gibt auch einen Rechtsanspruch auf ein Girokonto“, sagte er kürzlich. Momentan habe man die Einschätzung, dass sich ein Rechtsanspruch auf die aktuell geltenden Konditionen beziehe. Das sei aber gerichtlich nicht gefestigt, erklärte Schneider weiter.

Auch Ludger Weskamp, geschäftsführender Präsident des Ostdeutschen Sparkassenverbandes, hält eine Kontokündigung „nur als Ultima Ratio“ für



Die Banken brauchen eine sichere juristische Grundlage für die Geschäfte.

Oliver Mihm  
Chef von Investors Marketing

akzeptabel. „Wir wollen das vermeiden, können es aber nicht ausschließen.“ Aus den Sparkassengesetzen ließe sich ein Anspruch auf ein Girokonto ableiten, aber nicht zu jeder Kondition.

Einige Kontoverträge gekündigt hat bereits die PSD Bank Berlin-Brandenburg. Das genossenschaftliche Kreditinstitut bestätigte entsprechende Handelsblatt-Informationen. Die Bank sprach in einem Schreiben Ende November 2400 Kunden eine Kündigung zum 10. Februar 2022 aus.

Das Geldhaus hatte Kunden zuvor mehrfach und auf verschiedenen Wegen um Zustimmung zu einer Preiserhöhung zum 1. September 2021 gebeten, betroffen waren 34.000 Girokonten. Geantwortet haben laut der PSD Bank fast 98 Prozent, mehr als 90 Prozent stimmten den aktuellen Preisen und Bedingungen zu.

Auch nach dem Kündigungsschreiben habe die Bank noch einmal bestimmte Kunden persönlich kontaktiert, teils sogar per Einschreiben. Letztlich löste das Geldhaus rund 750 Girokonten auf.